

Stellungnahme zum Antrag

GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
SPD-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.:
Verantwortlich: **Dez. 3**
Dienststelle: **SJB**

Qualitative Umfrage alleinerziehender Familien, die ALG II beziehen

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	18.05.2021	26	x	
Sozialausschuss	06.10.2021	5	x	

Kurzfassung

Die Verwaltung befürwortet eine qualitative Befragung unter Alleinerziehenden in belasteten Lebenssituationen zur Weiterentwicklung der Angebotslandschaft für Familien in Belastungssituationen.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen Erträge (Zuschüsse und Ähnliches)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzüglich Folgerträge und Folgeeinsparungen)
Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ca. 10.000 €		

Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden

Ja

Nein Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen:

Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik)

Umschichtungen innerhalb des Dezernates

Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu.

CO ₂ -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridortheema:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Ergänzende Erläuterungen

Der interfraktionelle Antrag der GRÜNEN- und SPD-Gemeinderatsfraktion greift eine Anregung aus dem Fazit der Familienumfrage von 2017 auf. Aufgrund variierenden Rücklaufs bei spezifischen Zielgruppen wurde es als sinnvoll angesehen, alleinerziehende Familien, Familien mit Migrationshintergrund und Familien in Armutslagen durch eine qualitative Analyse noch stärker in den Blick zu nehmen. Aus Sicht der Stadtverwaltung ist eine qualitative Analyse der Situation von Alleinerziehenden geeignet, um diesem Erkenntnisinteresse gerecht zu werden. Die Erkenntnisse können dann in die allgemeine Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur einfließen.

Gleichzeitig liegen bereits diverse Erkenntnisse über die Situation von Alleinerziehenden in Karlsruhe vor. In Abwägung des möglichen Erkenntnispotentials einer qualitativen Analyse und den bereits vorliegenden Daten wird die Durchführung einer zusätzlichen qualitativen Analyse als hilfreich angesehen. In diese Abwägung ist auch der zeitliche Abstand zur Familienumfrage von 2017 eingeflossen.

Datenanalyse auf Basis der Karlsruher Bürgerumfragen seit 2017 mit Fokus auf Alleinerziehende

Derzeit sind im Karlsruher Stadtgebiet von den rund 26.500 Familienhaushalten mit Kindern unter 18 Jahren etwa ein Viertel alleinerziehend (rund 6.200).

Im Zuge der Familienumfrage 2017¹, die als Vollerhebung unter allen Familienhaushalten in Karlsruhe durchgeführt wurde, konnten die Fragebögen von 615 Alleinerziehenden ausgewertet werden. In den Bürgerumfragen, die seither durchgeführt wurden, ist die ungewichtete Anzahl Alleinerziehender deutlich geringer (Sicherheitsumfrage 2018²: 98, Umfrage zur Lebenszufriedenheit bzw. Urban Audit 2018³: 43, Kulturmfrage 2019⁴: 94, Umfrage zu Wohnen und Bauen 2020⁵: 147). Insgesamt zeichnen sich die Alleinerziehenden in Karlsruhe in den (Bürger-)Umfragen als Befragtengruppe mit zahlreichen Unterstützungsbedarfen und im Vergleich zur sonstigen Bevölkerung häufig geringeren Zufriedenheitswerten aus. Sie zählen zu den Haushaltsgruppen mit den niedrigsten Rücklaufquoten.

Aus der Familienumfrage lassen sich für Alleinerziehende eine verhältnismäßig hohe Nachfrage nach Ganztagsgrundschulen sowie ein relativ hoher Betreuungsbedarf bei weiterführenden Schulen ableiten. Überdurchschnittlich häufig wahrgenommene Betreuungsarten von Alleinerziehenden sind Mittagessen in der Schule (39,0 %, Paar-Familien: 24,3 %), Ganztagschulen (34,3 %, Paar-Familien: 18,4 %), Verwandte/Freunde/Familien (33,8 %, Paar-Familien: 21,7 %) sowie Freizeitangebote in der Schule (26,2 %, Paar-Familien: 19,2 %). Der Anteil an Transferleistungsempfängenden ist mit 39,7 % unter Alleinerziehenden deutlich höher, als unter Paar-Familien (22,1 %). Wohngeld wird von 19,8 % der Alleinerziehenden bezogen (Paar-Familien: 7,3 %), Unterhaltsvorschuss von 28,5 % (Paar-Familien: 1,3 %) und ALG II von 46,5 % (Paar-Familien: 8,4 %). Folgerichtig und erfreulich ist die hohe Bekanntheit und häufige Inanspruchnahme des Karlsruher Passes (23,9 %, Paar-Familien: 3,4 %) und des Kinderpasses (21,7 %, Paar-Familien: 3,5 %).

Ein relativ geringes gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen der Alleinerziehenden geht mit, jüngst im Rahmen der Bürgerumfrage 2020 festgestellten, hohen Wohnkostenbelastungsquoten und

¹ Stadt Karlsruhe, Amt für Stadtentwicklung (2017): Familienumfrage 2017 – Lebenssituation, Einschätzungen und Kinderbetreuungsbedarf.

² Stadt Karlsruhe, Amt für Stadtentwicklung (2018): Sicherheitsempfinden der Bevölkerung – 4. Sachstandsbericht zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung 2018.

³ Stadt Karlsruhe, Amt für Stadtentwicklung (2019): Stadtentwicklung aktuell – Lebensqualität in Karlsruhe im Stadtvergleich 2019.

⁴ Stadt Karlsruhe, Amt für Stadtentwicklung (2020): Nutzung kultureller Einrichtungen und Angebote in Karlsruhe 2019 – Ergebnisse der Bürgerumfrage und Regionsumfrage 2019.

⁵ Stadt Karlsruhe, Amt für Stadtentwicklung (2021): Stadtentwicklungsstrategie 2035 – Wohnen und Bauen – 9. Sachstandsbericht an den Gemeinderat.

Versorgungsschwierigkeiten am Karlsruher Wohnungsmarkt einher. Mit einem gewichteten Pro-Kopf-Einkommen von circa 1.400 Euro pro Monat liegen die Alleinerziehenden deutlich unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt von 2.580 Euro. Dies deckt sich mit den Ergebnissen des Urban Audit 2018: Dort äußern sich knapp 70 Prozent der Alleinerziehenden unzufrieden mit ihrer finanziellen Situation, und etwa ein Viertel berichtet von Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen am Ende des Monats (Karlsruhe: 10,7 %). Berechnungen im Rahmen der Bürgerumfrage 2020 zeigen, dass alleinerziehende Mieterhaushalte zu überdurchschnittlichen Anteilen (43,5 %) zu den durch Nettokaltmiete und Betriebskosten nach Definition des Statistischen Bundesamts überlasteten Mieterhaushalten zählen (Karlsruhe: 20,8 %).

Gleichzeitig berichten in der Bürgerumfrage 2020 rund 30 Prozent der alleinerziehenden Mieterinnen und Mieter von Mängeln an der von ihnen bewohnten Wohnung beziehungsweise dem von ihnen bewohnten Haus (Karlsruhe insgesamt: 22,5 %). Dementsprechend liegt der Anteil der mit der aktuellen Wohnsituation weniger oder nicht Zufriedenen mit einem Drittel unter den alleinerziehenden Mieterinnen und Mietern deutlich über dem gesamtstädtischen Durchschnitt (18,9 %). Alleinerziehende berichten auffallend häufig von Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche. So hatten nahezu 90 Prozent der kürzlich Umgezogenen Probleme, eine Wohnung zu finden (Karlsruhe: 63,9 %). Gleichzeitig suchen rund 30 Prozent der Alleinerziehenden aktiv nach einer neuen Wohnung. Hauptmotiv hierfür ist der Wunsch nach mehr Wohnfläche. Aufgrund sozialer Bindungen und Infrastrukturen begrenzen Alleinerziehende ihren Suchradius besonders häufig auf das Karlsruher Stadtgebiet und sind seltener bereit, in die Region zu ziehen.

Trotz der sich abzeichnenden Problemlagen sind nahezu alle Alleinerziehenden nach Auswertungen des Urban Audit 2018 mit dem eigenen Leben sehr oder eher zufrieden und etwas über 90 Prozent bewerten Karlsruhe als guten Lebensort für junge Familien. Darüber hinaus äußern sich Alleinerziehende im Urban Audit 2018 überdurchschnittlich häufig sehr zufrieden mit öffentlichen Grünflächen und besuchen zu überdurchschnittlichen Anteilen die Kinder- und Jugendbibliothek (Kulturumfrage 2019).

Weiteres Vorgehen

Die Stadtverwaltung beauftragt gegebenenfalls ein Markt- und Meinungsforschungsinstitut mit der Durchführung von ca. 30 qualitativen leitfadengestützten Interviews. Das Auftragsvolumen wird auf ca. 10.000 Euro geschätzt.